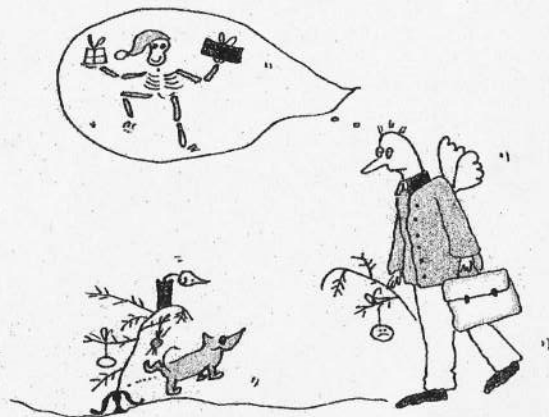




## Noch ein G'rippenspiel



### Alte Kronenapotheke und Buchhandlung Hikade laden ein

- ★ Donnerstag, 7. Dezember 2000, 19.00 Uhr  
Alte Kronenapotheke, Hauptplatz 13, 2700 Wiener Neustadt
- ★ Heiteres, Besinnliches, Boshaftes, gelesen und gespielt von Martin Auinger, Maximilian Huber, Peter Mömken, Veronika Stancl.
- ★ Musik: Hannes Winkler
- ★ Punsch und Kekse
- ★ Freie Spenden kommen der Aktion "Heizkostenzuschuss" der AKTION MITMENSCH Wiener Neustadt zugute.



WIENER NEUSTADT  
POSTFACH 7

### AKTUELL 3/2000

P.b.b. Zulassungsnummer: 312717W96U

Aufgabepostamt: 2700 Wr. Neustadt, Verlagspostamt 2700 Wr. Neustadt

### Dunkle Wolken ! - Militarismus, Sozialabbau und Aufrüstung sind zwei Seiten einer Medaille.

Die Ausgaben für das Bundesheer steigen kontinuierlich an, die Ausgaben für soziale Wohlfahrt gehen zurück. Von 1996 bis 2000 stiegen die Ausgaben für Militärische Angelegenheiten um 8,6 Prozent, die Ausgaben für Soziale Wohlfahrt sind um 2,3 Prozent gesunken. Unter der schwarz-blauen Regierung geht es so weiter. Während Studiengebühren eingeführt und Arbeitslose geschöpft werden sollen, ist der Ankauf neuer Militärhubschrauber bereits unter Dach und Fach: Kostenpunkt: 3 Milliarden Schilling. Der Beschluss über den Ankauf neuer Abfangjäger ist noch für dieses Jahr geplant. Kostenpunkt: 15 bis 25 Milliarden Schilling.



Die Kosten der geplanten Aufrüstung der österreichischen Luftwaffe rund 40 Milliarden entspricht dem, was Österreichs StudentInnen in den nächsten 20 Jahren an Studiengebühren abliefern sollen! Aufrüstung und Sozialabbau sind zwei Seiten einer Medaille. Der Kampf für soziale Sicherheit und Abrüstung sind es auch.

Quelle: Homepage der Friedenswerkstatt Linz  
Waltherstr. 15b, A-4020 Linz  
<http://www.friwe.at>

## Maulkorb gefällig ?

Die Meinungs- und Medienfreiheit hängt wesentlich von Kostenfaktoren ab, die den Zugang ermöglichen oder verhindern. Diese Kosten für die Herstellung und vor allem für den Vertrieb von Vereinszeitungen sind für gemeinnützige Organisationen von großer Bedeutung.

In der heutigen Medienlandschaft haben die Publikationen gemeinnütziger Vereine eine wichtige Aufgabe. Sie sind ein unabhängiges Sprachrohr politischer Gruppierungen, Minderheiten oder für Minderheiten. Erwähnt werden muss auch, dass die meisten meinungsbildenden unentgeltlichen Zeitungen nur durch Spenden finanziert werden.

Bisher war dafür gesorgt, dass der Postzeitungsversand zu einem begünstigten Preis durchgeführt werden konnte. Bis 1991 konnten Zeitungen mit einem Stückpreis ab 20 Groschen befördert werden. Diese Art der Presseförderung durch die Post ist sehr effizient und schließt den öffentlichen Auftrag zu gemeinwirtschaftlichen Leistungen mit ein.

Ein Ausschluss vom Postzeitungsversand oder eine weitere Verteuerung der Posttarife würde nicht nur eine Kostensteigerung für die Organisationen zur Folge haben,

sondern auch deren Zugang zu ihrem Spendenmarkt erheblich erschweren. Der Kontakt zu Mitgliedern und Freunden der einzelnen Vereine müsste stark reduziert oder ganz ausgesetzt werden. In kürzester Zeit würde der Stand derjenigen, die die Organisationen regelmäßig unterstützen zusammenschrumpfen, und damit auch das Vereinsbudget.

Bei Abschaffung des Zeitungstarifes könnten die gemeinnützigen Organisationen ihre Druckschriften nur mehr im Bereich der Massensendung aufgeben. Dies bedeutet eine Verteuerung von rund ATS 2,- pro versendeter Druckschrift.

Es ist einzusehen, dass nicht die Post alleine den Wegfall der bisherigen Presseförderung aufzufangen will, nur müsste für gemeinnützige Organisationen ein Konsens gefunden werden.

Nach Erhebungen der Wiener Wirtschaftsuniversität leisten die Organisationen durch Spendenfinanzierung und mit ihren ehrenamtlichen Mitarbeitern in den Bereichen soziale Dienste, Umwelt, Katastrophenhilfsdienste und politische Arbeit eine Gesamtarbeitsleistung, die sonst von 88.500 Angestellten und Arbeitern zu erbringen wären. Die wirtschaftliche Beeinträchtigung dieser Organisationen würde so auch die Staatsfinanzen massiv treffen

## Antwort auf Kritik

.... „Wir stellen die Aussage, dass die derzeitige Regierung eine demokratisch gewählte sei in Frage. Die Menschen die damals zur Wahl gegangen sind, haben die jetzige Regierung nicht in dieser Form gewählt ....“

Diese Aussage die wir in einer einer Aussendung im Frühjahr publiziert haben, hat bei einem Mitglied Kritik bzw. einen schriftlichen Austritt zustande kommen lassen.

Erstes, Kritik und Diskussion waren beabsichtigt, zweites natürlich nicht.

Warum formulierten wir so „stark“ ? Im Wahlkampf Ende 1999 war folgendes zu hören:

SPÖ und Grüne gegen FPÖ Regierungsbeteiligung. ÖVP desgleichen und wenn nur dritte Kraft, dann in Opposition. O-Ton von Funktionären der ÖVP (Schüssel, Gehrler u.s.w.) „...eine Stimme weniger, ist auch dritter“.

Wahlergebnis den Stimmen nach: SPÖ – FPÖ – ÖVP – Grüne. Welche Auswirkung aber im Februar 2000 ?

SPÖ in Opposition, FPÖ in der Regierung, ÖVP stellt den Bundeskanzler.

Alle jene Wähler, die die ÖVP wählten um zu verhindern, dass sie dritte wird und sie die FPÖ von der Regierung fernhalten würde, wur-

den im ersten Punkt enttäuscht und im zweiten betrogen.

Aber wie meinte ÖVP-Klubobmann Herr Khol : „Die Wahrheit ist eine Tochter der Zeit“.

Dies bedeutet nicht mehr und nicht weniger als dass man es gegenüber seinen Wählern und Wählerinnen mit der Wahrheit nicht so genau nehmen muss.

Demokratie ist die beste Gesellschaftsform die wir kennen, unvollkommen aber wie alles was von Menschen gestaltet wird. Khol's Aussage würde aber bedeuten, die Wählerinnen und Wähler können nur mehr zwischen Parteien und Politikern wählen die „glaubhafter“ nicht die ganze Wahrheit oder die eine oder andere – größere oder kleinere – Lüge anbieten.

Darum geht es. Demokratie funktioniert nur, wenn sich Politiker an der Wahrheit orientieren und nicht taktische Versprechen, die sie nicht einzuhalten gedenken, machen.

Über die Auswirkungen der neuen Regierung haben wir zum Teil schon in unserer letzten Zeitung berichtet und werden es weiter tun.

Uns geht es nicht um die Infragestellung der Demokratie und um das „...Heraufbeschwören von Schlimmerem..“ was uns vorgehalten wurde, sondern um die Stärkung demokratischer/solidarischer Inhalte in diesem Land.